

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47



14.12.2020: Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel hatte für den 12. Dezember zu einer Kundgebung "gegen Querdenker*innen, Coronaleugner*innen und Sozialdarwinist*innen – für unsere sozialen und demokratischen Rechte!" aufgerufen.

Anlass für die Kundgebung "gegen Querdenker*innen, Coronaleugner*innen und Sozialdarwinist*innen – für unsere sozialen und demokratischen Rechte!" war die Planung einer landesweiten Demonstration in Kiel durch die Gruppe "Querdenken_431", die sich erst vor kurzer Zeit in "Kiel steht auf" umbenannt hatte, ein Name der einfach geklaut wurde von gewerkschaftlichen Aktionen gegen Arbeitsplatzabbau bei Druckmaschinen Heidelberger. Tonangebend sind bundesweit und oft auch in Schleswig-Holstein faschistische Gruppierungen wie NPD und "Der III. Weg" und die AfD. Auch in Kiel trafen sich 360 Personen, die an der Seite vom AfD-Landtagsabgeordneten Volker Schnurrbusch und Angehörigen der Reichsbürger*innen-Szene mitgelaufen sind, sehr oft ohne die inzwischen für alle Demonstrationen vorgeschriebene Mund-Nase-Bedeckung. Dies ist hier erwähnt, weil bei den Gegenaktivitäten sehr genau von der Polizei auf die Einhaltung der Maßnahmen geachtet wurde.



Es kann gelungener kreativer Protest genannt werden, dass insgesamt sechs mögliche und beliebte Kundgebungsplätze in Kiel schon belegt waren und dem Auftakt- und Abschluss der "Querdenken-"Veranstaltung nicht zur Verfügung standen. Der gesamte Innenstadtbereich war so für sie nicht einnehmbar.

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47

Ein Übriges taten weitere Aktionen an der belebten Kiellinie.

So blieb ihnen nur der Ostseekai und eine Demoroute in Richtung Holtenauer Straße.

Der Protest des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus und der unterstützenden Organisationen fand in Hör- und Sichtweite zum Ostseekai statt.

Bei (gefühl) eisiger Kälte waren 300 Antifaschist*innen bereits vor Ort, als am anderen Ende des Kais die ersten Teilnehmer*innen eintrafen.



Mit Redebeiträgen und Musik wurde der Widerstand gegen das Treffen von "Querdenken" deutlich gemacht. Die Reden von Omas gegen Rechts, Autonome Antifa, der Kulturbeitrag von Björn Katzur mit einem Poetry Slam, der Beitrag vom Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus, der ver.di-Gewerkschaftssekretärs für den Gesundheits- und Pflegebereich Kiel-Plön und der DIDF unterstrichen die Breite des Bündnisses.



In den Beiträgen wurde darauf hingewiesen, dass die von den Regierenden beschlossenen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie soziale und demokratische Rechte der Bevölkerung aushebelt. Auch das viele dieser Maßnahmen, die im wesentlichen die Unterstützung von Konzernen und Unternehmen vorsehen, in der Folge von der Mehrheit der Bevölkerung bezahlt werden sollen. Gegen diese sozialen Folgen, sowie gegen den Demokratieabbau im öffentlichen Bereich muss Widerstand

entwickelt werden. Auch dass bei der Bekämpfung der Pandemie die internationale und europaweite Dimension des Gesundheitsschutzes keine Rolle spielt, wurde kritisiert.

"Der Kampf um den Impfstoff gegen das Corona-Virus ist geprägt von Macht und Profit - ausgetragen auf dem Rücken der Menschen, vor allem im globalen Süden."

Bettina Jürgensen

"Medikamente für Alle - weltweit" forderte Bettina Jürgensen in ihrer Rede als Vertreter*in der Kieler Runden Tisches. Sie prangerte an, dass die deutsche Regierung mit dazu beigetragen hat, dass der Antrag von Südafrika und Indien an die Welthandelsorganisation WTO, den Patentschutz für Covid-19 Impfstoffe auszusetzen, vom Tisch gewischt wurde. (vollständige Rede [hier](#))

Kiels Stadtpräsident Hans-Werner Tovar hat seine Solidarität mit dem Protest gezeigt und ist der Einladung zu einem Redebeitrag gefolgt. Darin hat er seinen Schwerpunkt auf die Durchsetzung der Corona-Maßnahmen gelegt, aber auch gegen die zunehmende Beteiligung von Faschisten an den Corona-Protesten gesprochen.

Wer die Forderung zur Auflösung des Bundesinnengeheimdienstes "Verfassungsschutz" stellt, kann die nun in Baden-Württemberg beschlossene Beobachtung von "Querdenken" durch diese Behörde nicht als einen Beitrag des politischen Kampfes gegen diese Gruppen unterstützen. In diesem Punkt gibt es Widerspruch zu der Rede des Stadtpräsidenten, und wie es in breiten Bündnissen und ihren Beiträgen manchmal geht, gibt es auch zu weiteren Punkten unterschiedliche Einschätzungen.

Die Tatsache jedoch, dass der Stadtpräsident sich nicht nur zu kurz mit einem Grußwort beteiligte, sondern bis zum Ende an diesem Gegenprotest auf der Straße teilgenommen hat, lässt die Möglichkeit weiterer gemeinsamer Aktivitäten mit diesem Repräsentanten der Landeshauptstadt offen.

Die Teilnehmer*innen einer ebenfalls an diesem Tag stattfindenden Fahrrad-Demo, aus Anlass des Jahrestags des Pariser Klimaabkommens von der TKKG organisiert, machten einen solidarischen Zwischenstopp bei den Protestierenden gegen die "Querdenkenden".

Zurückhaltend war die Polizei noch während der Kundgebung des "Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus" und im Beisein des Stadtpräsidenten. Nachdem "Querdenken" als Demonstration am Rande der Innenstadt Kiels lief, wurden jedoch einige Blockadeversuche der Antifaschist*innen teilweise auch mit Polizeigewalt aufgelöst.

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47



Zwei Gruppen der "Querdenken" -Gegner*innen wurden bis zu einer halben Stunde eingekesselt. Bei einem plötzlichen und nicht nachzuvollziehenden Einsatz von Polizeiknüppeln gegen antifaschistische Aktivist*innen mussten Sanitäter eine/n Verletzte/n betreuen. Demgegenüber durften die "Querdenken"-Teilnehmer*innen ungehindert ihren Weg gehen - nicht mal an die Maskenpflicht mussten sie sich halten.

Gemeinsame Aktivitäten der Antifaschist*innen in Kiel werden auch in Zukunft gegen alle Organisationen und Bewegungen von und mit Reichsbürger*innen und Faschist*innen stattfinden.

txt: bj

Redebeitrag von Bettina Jürgensen, Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel

Wer sich mit Faschisten gemein macht, bekommt von uns kein Verständnis!

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Genossinnen und Genossen,

Wieder müssen wir unseren Protest gegen rechtes Querdenken, Verschwörungen und Leugnung des Corona-Virus auf die Straße tragen.

Denn:

Wir wissen, dass es das Virus gibt. Wir wissen dass dieses Virus tödlich sein kann. Wir wissen, dass es nun zwar Impfstoffe gibt, diese aber noch nicht zur Verfügung stehen. Wir wissen, dass aktuell die Zahl der Infektionen mit dem Corona-Virus zunimmt.

Deshalb stehen wir hier mit Mund-Nasen-Schutz und mit Abstand!

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47

Wir wissen auch, dass viele Menschen aus Kiel mit unserem Protest solidarisch sind. Wir verstehen, dass viele heute aus Sorge um die eigene und die Gesundheit anderer Menschen nicht teilnehmen wollen oder können!

Heute sind wir hier, weil wir uns wehren gegen

- die Missachtung der Gesundheit anderer Menschen
- krude Verschwörungstheorien, die das Virus als Geheimwaffe einstufen, von Bill Gates gesteuerte Zwangsimpfung vorhersagen (er macht viele Sauereien, das wohl doch nicht)
- Kundgebungen und Demonstrationen die von rechten bis faschistischen Gruppierungen und Parteien genutzt werden, um ihre völkischen, nationalistischen Theorien zu verbreiten, die Hetze gegen Migrant*innen fortzusetzen und Geschichtsfälschung zu betreiben.

Die sogenannten "Querdenken"-Aktivitäten waren von Beginn an offen nach rechts.

Inzwischen wird versucht mit der Behauptung, das Infektionsschutzgesetz heute sei mit dem Ermächtigungsgesetz der Faschisten von 1933 vergleichbar, Gehör zu finden. Es werden Vergleiche mit Anne Frank und Sophie Scholl gemacht. Damit wird der Widerstand gegen den Faschismus von 1933 – 1945 instrumentalisiert und ins Gegenteil gekehrt. Er wird benutzt, um die Aufmerksamkeit auf Verschwörungstheorien, Querfront und rechte Parolen zu lenken. Das dürfen und werden wir nicht zulassen!

Eine Studie des Soziologen Oliver Nachtwey von der Universität Basel bestätigt die immer stärkere Rechtsentwicklung der "Querdenken"-Bewegung. Er hat nach einer Befragung auf deren Plattformen im Internet festgestellt, dass 30 Prozent der Befragten bei der nächsten Bundestagswahl AfD wählen wollen.

Und doch behaupten immer noch einige, "Querdenken" hat mit Rechten, mit Faschisten nichts zu tun, sie nehmen teil an deren Aktionen.

Wir sagen: Wer sich mit Faschisten gemein macht, bekommt von uns kein Verständnis!

In der Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus haben wir im Jahr 2000 gesagt: "Rassistische Erklärungsmuster und Orientierungen entstehen in der Mitte der Gesellschaft. Sie sind kein Randproblem, nicht jugendspezifisch und nicht regional einzugrenzen. Sie werden gefördert durch gesellschaftliche Verhältnisse, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bis zur Vernichtung des Konkurrenten erfordern, Ungleichheit und Abbau sozialer Errungenschaften als Fortschrittsmotor rechtfertigen und damit Entsolidarisierung und Ausgrenzungsbereitschaft notwendig hervorbringen." Dies trifft heute noch zu.

Wobei ich jedoch einen Punkt noch einmal herausgreife: "Faschismus entsteht in der Mitte der Gesellschaft."

Sollten wir heute nicht hinzufügen, dass der Weg aus dieser "Mitte" führen muss?

Ich meine: Es gibt keine Mitte zwischen Antifaschismus und Faschismus!

In dieser Frage muss sich jede/r entscheiden!

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47

Wir haben uns entschieden! Für den Antifaschismus!

Mit Verdrehung, Fälschung und Leugnung von Geschichte und von aktuellem Geschehen haben wir nichts zu tun!

Mit Faschisten haben wir nichts zu tun! Deshalb sind wir heute hier!

Aber: Deshalb stimmen wir nicht ein in den Chor derer, die sagen "Unsere Regierung hat doch im Kampf gegen die Pandemie alles richtig gemacht!"

Wir haben viel Kritik an dem, was diese Regierung getan und nicht getan hat!

Das Handeln der Regierenden und ihre Beschlüsse wurden und werden danach ausgerichtet, was der Wirtschaft hilft! Milliardenpakete werden geschnürt, um Großkonzerne zu retten. Dort werden – kann man sagen mit unserem Geld – dann die Dividenden für ausgeschüttet.

Gleichzeitig wird verweigert den Hartz-4-Betrag um einen 150 Euro-Corona-Zuschlag zu erhöhen, wie es auch die Gewerkschaften gefordert haben.

Auch so wird soziale Spaltung in diesem Land vorangetrieben.

Die Politik vor Corona und die Politik in der Pandemie behält ihre Kontinuität. Nur zwei Beispiele:

Der Bundesinnenminister Seehofer setzt wie bisher auf strikte Begrenzung von Geflüchteten und missachtet dabei selbst das Votum der Städte, die sich zum Sicheren Hafen und zur Aufnahme Geflüchteter bereit erklärt haben. Auch eine Katastrophe wie der Brand auf Moria brachte kein Umdenken, nur wenige Menschen durften nach Deutschland.

Dabei wird weiter auf der Flucht über das Mittelmeer gestorben, 2020 sind fast 1000 Menschen ertrunken. Doch Europa schottet sich weiter ab. Die europäische Grenztruppe Frontex macht mit deutscher Beteiligung Rettungsboote mit Geflüchteten manövrierunfähig, setzt die Menschen auf Flöße und drängt sie in die Türkei zurück.

In den Lagern in Griechenland warten Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen darauf, dass sie zu den Wenigen gehören, die aus dem Lager gerettet werden. Dies war die Politik 2015 bis 2019 und es ist die Politik der Gegenwart 2020. Die von den Regierenden an uns gerichtete Forderung nach einer Corona-Solidarität soll demnach an den Grenzen Europas enden.

Wir fordern jedoch nun erst recht: Leave No One Behind!

Wir sagen auch: All Lives Matter!

Der Kampf um den Impfstoff gegen das Corona-Virus ist geprägt von Macht und Profit - ausgetragen auf dem Rücken der Menschen, vor allem im globalen Süden.

Zunehmend wird es zu einer Frage der Menschenrechte ob, wer und in welchem Land geimpft wird. Patente der Pharmakonzerne wie Pfizer, der mit der deutschen Biontech einen Impfstoff

KEIN SPAZIERGANG MIT NAZIS!

Kategorie: Kiel

Veröffentlicht: Montag, 14. Dezember 2020 18:47

entwickelt hat, verhindern, dass Arzneimittel als globale öffentliche Güter gehandelt werden.

Aus Südafrika und Indien wurden Anträge gestellt, diesen Patentschutz für Covid-19 Impfstoffe auszusetzen. Ziel war es, ihn für alle Länder zugänglich zu machen. Die Bundesregierung Deutschland sorgte bei Beschlüssen in der WTO (Welthandelsorganisation) dafür, dass der enge Verteilungsrahmen bleibt. Die CDU/SPD-Regierung trägt also mit Verantwortung dafür, wenn in anderen Ländern Menschen dem Virus weiter hilflos ausgeliefert sind. Wo bleibt da ihre vielbeschworene Solidarität in der Pandemie?

Wir meinen: Die Macht von Pharmaunternehmen muss begrenzt werden. Medizin muss global und für die Gesundheit aller Menschen zur Verfügung stehen!

Fügen wir also dem "Leave no one behind" ein "Medikamente für Alle - weltweit" hinzu!

In unserem Aufruf zu dieser Kundgebung und Demonstration sagen wir:

"Es gibt viele Gründe, mit den Verordnungen des "Corona-Kabinetts" unzufrieden zu sein.

Wir treten allen Versuchen entgegen, die Rechte der Parlamente bei der Beschlussfassung über geeignete Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auszuhebeln.

Wir, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen, Menschen vieler Mutterländer aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft in Deutschland, verteidigen die Demokratie, indem wir auch unter Corona-Bedingungen öffentlich für unsere sozialen und demokratischen Rechte, für internationale Solidarität im Kampf gegen Rassismus, gegen Abschottungs- und Kriegspolitik, für den Schutz von Geflüchteten usw. auf die Straße gehen und dabei den rechten Rattenfängern die rote Karte zeigen. Wir fordern von den politischen Entscheidungsträger*innen, unseren Anliegen Rechnung zu tragen."

Fordern wir, dass Solidarität nicht nur ein Wort bleibt, sondern Taten folgen. Und zwar im nationalen und internationalen Rahmen! Die genannten Beispiele zeigen, dass sofortiges Handeln notwendig ist.

Deshalb sind wir heute auf der Straße und werden es auch in Zukunft sein!